

# Ökologische Nachhaltigkeit:

Hilft oder schadet PPP  
der Umwelt?

# Motive für PPP

- Düsseldorf: Politische Inspiration
- Bergkamen: Kostenreduzierung
- Bodeniederung: Fehlende Infrastruktur
- Braunschweig: Haushaltssanierung
- Bremen: Haushaltssanierung
- Dortmund: Fehlende Infrastruktur
- Freiburg: Nutzung Synergien
- Rostock: Diverse Faktoren
- Schönebeck: Politische Inspiration

# Hauptmotive

- Haushaltssanierung.
- Aufbau der Infrastruktur.
- Umsetzung weltanschaulicher Grundpositionen.

Selten dagegen:

- Reduzierung Kosten für den Bürger.
- Effizienzsteigerung.

# Drei Säulen Theorie

- Ökologische Nachhaltigkeit umschreibt die Zieldimension, Natur und Umwelt für die nachfolgenden Generationen zu erhalten = Aufbau und Erhalt der Infrastruktur.
- Ökonomische Nachhaltigkeit stellt das Postulat auf, dass die Wirtschaftsweise so angelegt ist, dass sie dauerhaft eine tragfähige Grundlage für Erwerb und Wohlstand bietet.
- Soziale Nachhaltigkeit bietet Teilhabe aller Bürger an der Entwicklung.

# Drei Thesen

- PPP beschleunigt den Aufbau der Infrastruktur;
- PPP richtet sich an den gesetzlichen Mindestanforderungen aus, nicht an ökologischen Möglichkeiten;
- PPP zur Sanierung des Haushaltes und ökologische Nachhaltigkeit schließen sich aus;

# Infrastruktur Bodeniederung



# Baumaßnahmen Bodeniederung

Es ist dem privaten Betreiber gelungen, die Infrastruktur in den Gemeinden des Verbandsgebietes innerhalb eines Zeitraumes von 1990 bis zum Jahr 2000 fast vollständig zu erneuern. Es wurden ausweislich des Betreibervertrages vom 05.10.1995 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung vom gleichen Tag

*in den Ortslagen über 90 Mio. DM in neue Kanäle, über 45 Mio. in neue Überleitungen zwischen den Orten, über 30 Mio. in eine Kläranlage nach den allg., anerkannten Regeln der Technik und weitere 13. Mio. DM in Pumpwerke und Kanalelektrik investiert.*

Diese umfassende Modernisierung ist schon während der Baumaßnahmen auf Kritik gestoßen.

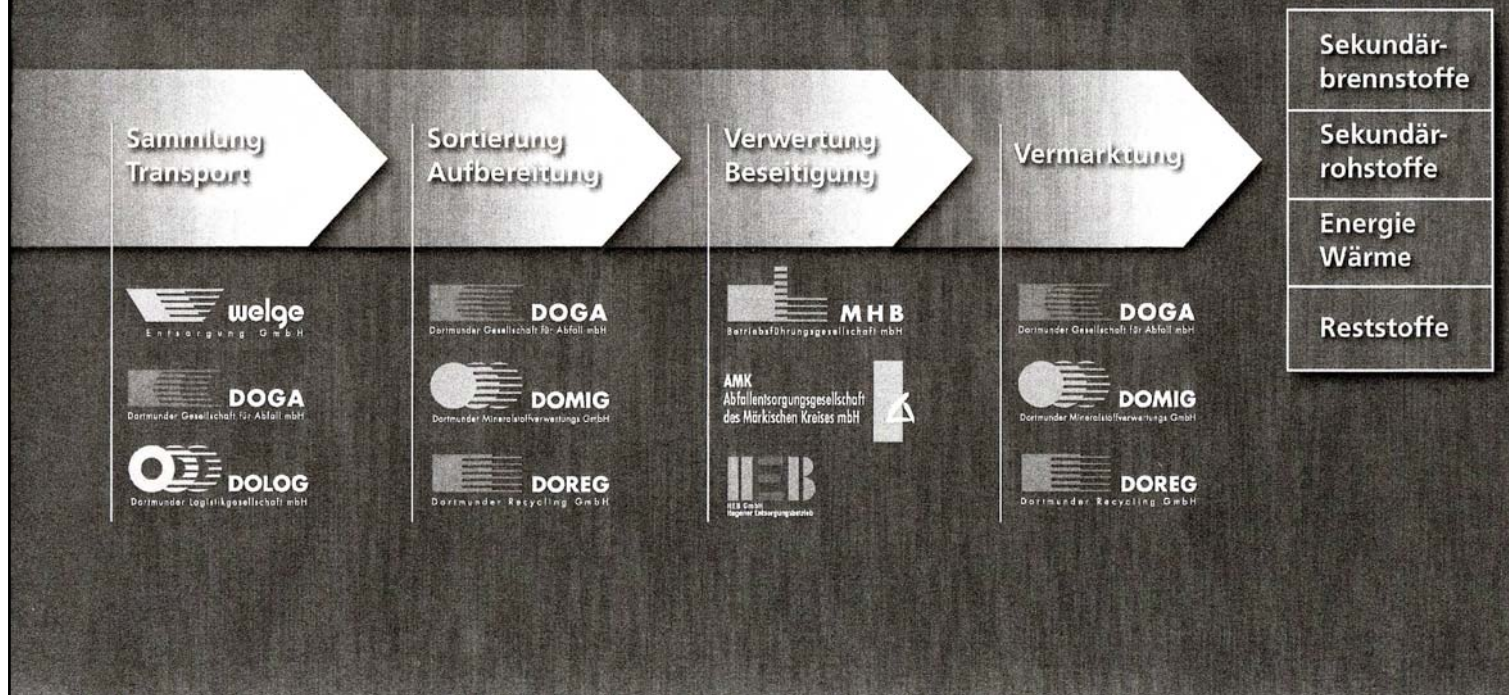
# Müllnotstand Dortmund

*„Die bevorstehende Beendigung der Nutzungszeit machte es zugleich erforderlich, möglichst schnell eine neue Deponie zu errichten. Hierfür wurden Kosten in Höhe von ca. 350 Mio. DM veranschlagt. Da in der Zeit zwischen Verfüllung der bestehenden Deponien und Errichtung der neuen Deponien erhebliche Aufwendungen für einen „Müllexport“ zu erwarten waren – tatsächlich fielen hierfür 1992 nach Angaben der Stadt 40 Mio. DM an - , ergaben sich, nicht zuletzt im Interesse des Gebührenzahlers, unter Kostengesichtspunkten sachliche Zwänge für eine zügige Umsetzung des neuen Deponiekonzeptes. Vor diesem Hintergrund ist die Einschätzung des Rates der Stadt, dass eine private Gesellschaft, in die die einzelnen Gesellschafter ihr auf den Gebieten Entsorgung, Versorgung und Umwelttechnik erworbenes Know-how einbringen, zur Bewältigung der komplexen und zeitlich drängenden Aufgaben besser in der Lage sei, als der bisherige städtische Regiebetrieb, ohne weiteres nachvollziehbar.“*

# Infrastruktur Dortmund

gesellschaftsrechtlich

Die Funktionen der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften entlang der Wertschöpfungskette



# Gesetzliche Mindestanforderungen

- Bei allen PPP – Projekten wurden gesetzliche Mindestanforderungen eingehalten.
- In den Städten, die als Grund für PPP den Aufbau / Umbau der Infrastruktur angegeben haben, sind diese Primärerwartungen erfüllt worden.
- Änderungen von gesetzlichen Anforderungen fördert PPP.

# Vergabekriterien Braunschweig

Diese Privatisierung sollte nachfolgenden Zielen dienen:

- *Gewährleistung einer dauerhaften wirtschaftlichen und ökologisch sinnvollen Stadtentwässerung, sowie der Entsorgungssicherheit;*
- *Sicherung und Wahrung eines angemessenen Einflusses der Stadt;*
- *Gebührenneutralität und Stabilität der Leistungspreise;*
- *Erzielung eines angemessenen Kaufpreises;*
- *Zukunftsfähiges Standort- und Unternehmenskonzept;*
- *Sicherung der Arbeitnehmerinteressen.*

# Änderung Vergabekriterien

Die Zuschlagskriterien änderten sich. Wichtigstes Kriterium für den Auftrag war nicht mehr die Gewährleistung einer wirtschaftlich und ökologisch sinnvollen Stadtentwässerung, sondern der Zahlungsmittelzufluss an die Stadt. Dies wird deutlich in der Vergabeöffentlichung und Abschnitt V, Ziffer 2 Zuschlagskriterien in der Reihenfolge der Priorität:

- *Zahlungsmittelzufluss an die Stadt;*
- *Mitarbeiterkonzept (Sicherung bzw. Ausbau der bestehenden Arbeitsplätze);*
- *Standortkonzept (Sicherung der lokalen Wertschöpfung);*
- *Unternehmenskonzept (Weiterentwicklung der Gesellschaft; neue Geschäftsbereiche)*

# Ökologische Möglichkeiten

- Private orientieren sich an gesetzlichen Mindestanforderungen und den vertraglich fixierten Zeitraum.
- Öffentliche Träger sind flexibeler.
- Sie haben es einfacher auf ökologisch sinnvolle Entwicklungen zu reagieren.

# Bewässerung Braunschweig

- *„Der städtische Entwässerungsbetrieb genoss einen guten Ruf. Die galten als effizient arbeitender, wirtschaftlicher Betrieb, der auch ökologisch durchaus in Ordnung ist. Es ist ein ausgefeiltes Kreislaufsystem, aus den Abwässern nützliches Gewächs zu produzieren und dieses Gewächs jetzt in einen geschlossenen Kreislauf sogar in eine Biogasanlage einzuführen. Das ist vorbildlich und wurde bis ins Ausland transportiert. Diese Idee ist jetzt ein bisschen mitverkauft worden, denn das schreibt sich jetzt alles die private Firma ..... auf die Fahne .....*“

# Ökologische Stabilität und Haushaltssanierung

- Während der Vertragslaufzeit ist ökologische Stabilität gewährleistet.
- Probleme bestehen bei den Projekten, die PPP als Haushaltssanierung betrachten.
- Keine Vorstellung, wie Anlagen nach Ablauf der Vertragslaufzeit zurückgekauft werden.
- Trotz Abschreibungen nach Wiederbeschaffungszeitwerten kein kontinuierlicher wirtschaftlicher Substanzerhalt mehr.

# Tabelle Finanzierung BS

- **Textform**

# Tabelle Abschreibungserlöse

***„Die Summe aller Investitionen des Abwasserbereichs im Zeitraum seit 1974 beträgt ca. 182,5 Mio. € und liegt damit knapp über der Summe von Abschreibungen und Zuschüssen im gleichen Zeitraum. Dieses bedeutet, dass sämtliche Investitionen im Braunschweiger Abwassersystem im betrachteten Zeitraum allein auf dem Wege der Innenfinanzierung aus dem Gebührenhaushalt hätten realisiert werden können. Diese Verknüpfung wurde nach der Privatisierung aufgegeben (siehe Tabelle).“***